



**Verein zur Förderung
antimilitaristischer
Traditionen in der Stadt
Potsdam e.V.**

Potsdam, den 15.01.2020

Stellungnahme zur Beschlussvorlage 19/SVV/1166 (i.d.F. vom 22.10.2019)

Betr.: Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds der Landeshauptstadt Potsdam

Der Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V. lehnt die Beschlussvorlage in ihrer Gesamtheit ab. Dies gilt insbesondere für die dargestellten Aufgaben und Ziele a), b) und c). Zum Personalvorschlag gibt es Bedenken. Da die BV keine finanzielle Auswirkung haben soll, ist zu hinterfragen, da im Punkt b) der Vorlage eine Konzepterstellung mit beschlossen werden soll.

Begründung:

Der Antrag und dessen Begründung gehen von einer Fehlinterpretation der Beschlusslage in der SVV aus. Die Beschlüsse bauen aufeinander auf: Eintritt in das Kuratorium der Stiftung (08/SVV/0325) und Auflösung (14/SVV/0708). Eintreten um aufzulösen! Nach sechs Jahren reifte die Erkenntnis, dass es wie ursprünglich gedacht, nicht weitergeht. Bei Beachtung der jüngsten Beschlusslage muss keine Neudefinition der Aufgabe des erfolgen.

Wenn schon eine Debatte über die Aufgaben und Zielstellungen des städtischen Mitglieds im Kuratorium geführt werden soll, dann sollte dies losgelöst vom aktuellen Vorschlag zum Kirchenschiff erfolgen. Für Klarheit könnte eine breit angelegte Bürgerinnenbefragung erbringen. Der aktuelle Bürgerhaushalt, eine Art Stellvertreterabstimmung ist eindeutig. Über 20.000 Stimmen gegen das Wiederaufbauprojekt und unter 2.500 für die Unterstützung des Projektes. Und bei diesem Bürgerhaushaltsvorschlag 566 ist ein Leitantrag von insgesamt neun Anträgen gegen den Garnisonkirchenbau. Beim Vorschlag 566, der die meisten Stimmen bekam, geht es nicht nur ums Geld! Er lautet: *„Ich bin der Meinung, dass der Potsdamer Oberbürgermeister weiterhin für die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche eintreten muss. Falls diese Auflösung nicht erfolgt, soll er zeitnah die Stiftung verlassen, denn der originalgetreue Wiederaufbau der Garnisonkirche (einem Symbol des Militarismus), der auch den Abriss des Kunst- und Kreativhauses Rechenzentrum und eines Denkmals zur Folge haben soll, kann kein Akt der Versöhnung und des Friedens sein. Der Bau einer Kirche ist keine städtische Aufgabe und deshalb soll auch keine Finanzierung durch die Stadt erfolgen.“* 566 ist der zielgerichtete Gegenvorschlag zu 441 gewesen, welcher lautet: *„Ich bin der Meinung, dass Potsdams Oberbürgermeister den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche weiter unterstützen sollte. Das Ziel eines landesweiten Friedenszentrums in der Landeshauptstadt Potsdam ist vorbildlich und sollte hervorgehoben werden.“* Das Ergebnis lautet eindeutig: 20.589 Punkte zu 2.472 Punkte. Klarer kann ein Votum der Stadtgesellschaft kaum ausfallen.

Demokratiethoretisch und Verfassungsrechtlich bedenklich ist der Vorschlag der BV, dass der Präsident der SVV den OB in einem Gremium, in dem die Stadt eine funktionale Mitgliedschaft hat, vertreten soll. Der OB ist Teil der SVV, der der Präsident vorsteht. Draus leitet sich keinerlei Vertretungsregelung ab. Ohnehin ist die SVV als Teil der Verwaltung zu dessen Kontrolle da. Mit dem Vertretungsvorschlag wird der „oberste Kontrolleur“ zum „Stellvertreter des zu Kontrollierenden“. Wenn der OB über eine Vertretung nachdenkt, dann sollte diese aus den Reihen der Beigeordneten erfolgen.

Die Ankopplung der Debatte um die Aufgaben des städtischen Kuratoriumsmitgliedes an den Vorschlag des OB für eine Jugendbegegnungsstätte ist in mehrfacher Sicht kontraproduktiv. Der Vorschlag soll einen Konflikt lösen, der in der aktuellen Form überhaupt nicht vorhanden ist.

Es gibt keinen Handlungsdruck für die Fläche des Kirchenschiffes. Es gibt weder die finanziellen Mittel seitens der Stiftung, noch gibt es eine Idee zu einer refinanzierbaren Nutzung dieses Gebäudes. Bereits OB Jakobs hatte einen weiteren Konzertsaal abgelehnt. Wenn es Handlungsdruck gäbe, könnte dieser mittels Baurecht aus der Welt geschafft werden (Änderung des B-Plans). Unabhängig davon suggeriert der Beschlussvorschlag, dass es nur eine Alternativlösung gegenüber dem Kirchenschiff gäbe. Eine stadtgesehliche Debatte, keine rein parlamentarische Debatte, um Alternativen wäre sicherlich notwendig und richtig, da vielfältige Alternativen denkbar sind.

Diese Debatte gibt es zum Turm schon seit fast 30 Jahren! Alle OB-Amtsvorgänger wären gut beraten gewesen, diese aufzugreifen und in eine neue Qualität zu transformieren. Die Begründung des OB-Antrages bemängelt, dass sich aus den bisherigen „*Beschlüssen sich weder eine eindeutige Positionierung der Landeshauptstadt Potsdam in der Frage des Wiederaufbaus von Turm und Kirchenschiff ableiten (lassen), noch ergeben sie die Grundlage für eine stadtgesehliche Auseinandersetzung.*“ RICHTIG! Nur ist die Beschlussvorlage kein Lösungsansatz, da sie auch keine Positionierung enthält! Die Beschlussvorlage ist keine Grundlage für eine stadtgesehliche Debatte um TURM UND SCHIFF. Dies liegt vor allem daran, dass der Turm als gegeben hingenommen wird, obwohl er der Hauptstreitpunkt ist; vor allem dessen Symbolhaftigkeit und Ausgestaltung (siehe Punkt a der BV).

Völlig unerklärlich ist der Vorschlag c) der Beschlussvorlage. Die Stiftung Garnisonkirche soll nun noch Bildungs- und Jugendarbeit gemeinsam mit der Stadt leisten. Es ist die gleiche Stiftung, die in über zehn Jahren nicht in der Lage war ein Versöhnungs- und Ausstellungskonzept zu erarbeiten, welches wissenschaftlichen Ansprüchen UND dem Ort gerecht wird. Seit dem Ruf von Potsdam haben sich Stiftung und Fördergesellschaft in der Opferrolle der Geschichte gesuht, obwohl der Ort vor allem für einen Ort der Täter von Militarismus und Krieg steht. Eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist seitens der Aufbautreibenden (besonders Stiftung und Förderverein) unseres Erachtens bisher nicht erkennbar.

generelle Anmerkungen:

Für eine Stadt kann die individuelle und temporäre Definition von „Schön“ nicht Leitlinie der Entwicklung sein. Es geht mit dem Bau der Garnisonkirche auch nicht um die Wiedergewinnung eines Dreikirchenblicks. Dieser barocke Drei-Kirchen-Blick bestand lediglich 60 Jahre und war gekennzeichnet durch drei schlanke Kirchtürme. 1735 wurde die letzte der drei Kirchen fertig und 1795 brannte die erste der drei ab. 1796 wurde diese abgetragen. Niemand mehr kennt diesen Anblick wirklich. Mit der klassizistischen Kuppel der Nikolaikirche von 1850, der Heilig-Geist-

Silhouette und zahlreichen anderen Kirchen (z.B. Peter-und-Paul) ist dieser barocke Drei-Kirchen-Blick ohnehin nicht wiederherstellbar.

Mit der Hof- und Garnisonkirche ist jedoch eine Drei-Kreuz-Verknüpfung einhergehend. Es geht um die unheilige Allianz von christlichem Kreuz, Eisernes Kreuz und Hakenkreuz; als Symbole für die Verquickung von Glauben, Militarismus und Faschismus. Und diese Verquickung kann nicht durch einen originalen Wiederaufbau aufgebrochen werden. Auch nicht durch Sockelinschriften. Gegen die Vereinnahmung von Rechts, die längst Alltag ist und in jedem AfD-Programm nachlesbar ist, kann nur mit einem deutlichen Bruch im Symbol – dem Turm – etwas entgegen gesetzt werden.

Diese Debatte muss geführt werden. Öffentlich und mit der gesamten Stadtgesellschaft!

Vorschläge:

Unser ursprünglicher Vorschlag für die Fläche war der Bau eines NS-Dokumentationszentrums, wie es in München erlebbar ist. Ein würdiger Umgang mit dem Ort, an dem früher das Braune Haus, die NSDAP-Parteizentrale in der „Stadt der Bewegung“ stand. Wir stimmen mit dem OB überein, dass die Landeshauptstadt Potsdam „*Verantwortung zur Öffnung und Beförderung einer breit angelegten Auseinandersetzung mit der Geschichte*“ trägt (siehe Begründung der BV). Potsdam, die Stadt die sich selbst als „Geburtsstätte des Dritten Reiches“ gefeiert hat, muss einen Ort der Aufarbeitung der Geschichte haben. Und dies sollte nicht einer kirchlichen Stiftung überlassen werden, sondern als eigenständige Aufgabe der Stadt betrachtet werden.

Weder Turmbau noch die Errichtung der gesamten ehemaligen Kirche ist Stiftungszweck. Laut Satzung bezweckt die Stiftung: *1. Kirchliche Zwecke, 2. Förderung der Religion, 3. Förderung von Kunst und Kultur und 4. Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.* Dazu bedarf es keines weiteren (Kirch-)Baus.

Wenn dieser Ort wirklich von „nationaler Bedeutung“ ist und die die Stiftung Garnisonkirche einen ernsthaften Beitrag zur Versöhnung und zum (Stadt-)Frieden leisten will, dann sollte sie den Grundstücksanteil, der nicht für den Turm benötigt wird, an die Stadt zurückgeben. Damit ermöglicht sie, dass dieser Ort eigenständig durch die öffentliche Hand – also durch die Gesellschaft insgesamt – entwickelt werden kann.

Eine „Ausstellung, der die Geschichte des Ortes vollumfänglich darstellt“ benötigt weit mehr Platz als im Kirchturm zu Verfügung steht. Wir finden den „Lernort-Vorschlag“ von Prof. Philipp Oswalt/Prof. Steffen Schuhmann und beachtenswert, der vorsieht, auf dem frei verfügbaren Gelände des ehemaligen Kirchenschiffs einen funktionalen, zweigeschossigen Ausstellungsbereich zu errichten, der über ca. 1.200 qm Ausstellungsfläche (netto) umfasst und – wie üblich - eine lichte Höhe von 4,5 Metern hat. Der Zugang zum Ausstellungsbereich erfolgt ebenerdig über Eingang und Foyer im Erdgeschoss des wiederaufgebauten Kirchturmssockels. Die geplanten Seminarräume im 2. OG für die zeithistorischen und politischen Bildungsangebote könnten entsprechend genutzt werden.

Wir als Verein können uns auch temporär eine Offenhaltung der Fläche vorstellen. Dazu sollte unbedingt zeitnah der B-Plan 1 geändert werden. Er sollte die Abrissvorgabe des RZ aussetzen oder gar streichen.

Falls kein Ergänzungsbau für einen Lernort durch die Stadtgesellschaft gewünscht wird, könnte eine Grünfläche im B-Plan ausgewiesen werden. Auf der Grünfläche könnte die „Wiese der Völker“

entstehen. Bepflanzt mit Gehölzen aus den Ländern der Opfervölker deutscher Kriege in Afrika, Asien Australien und Europa. Das einzige Problem könnte werden, dass diese Wiese zu klein ist für die Vielzahl der notwendigen Gehölze (mehr als 60).

Unsere Forderungen:

Wir fordern die Stadt Potsdam auf, sich für einen Baustopp am Turm und ein Moratorium einzusetzen. Wir brauchen dringend eine öffentliche Debatte um den Gesamtort zwischen der Breiten Straße und der Plantage und nicht nur um eine Alternative zum Kirchenschiff. Änderung des B-Plan entsprechend der Ergebnisse dieser gesamtstädtischen-öffentlichen Debatte.

Der begonnen Turmbau sollte nicht über das 2. OG (Seminarräume) hinausgehen. Der Turmstumpf sollte als Mahnmal wahrnehmbar und erlebbar sein. Das Nagelkreuz sollte an prominenter Stelle sichtbar werden. Auf jeglichen Zierrat, besonders militärischen Zierrat sollte verzichtet werden. Das bedeutet für uns auch Verzicht auf das Glockenspiel, welches sich bisher mit antisemitischen und militaristischen Liedgut bemerkbar gemacht hat. Verzicht auf die vier Leuteglocken von 1939 im 2.OG. Verzicht auf militärischen Zierrat bedeutet auch, Verzicht auf die preußische Wetterfahne. Diese symbolisiert den Preußischen Machtanspruch in Europa und kam zur damaligen Zeit einer Kriegserklärung speziell gegenüber Frankreich gleich.

Die Stadt Potsdam, die sich gern mit dem Geist der Toleranz schmückt und gelebter Toleranz manchmal auch auszeichnet, sollte keine Stadtkrone tragen, die Krieg symbolisiert und dessen Könige mehrfach Krieg über Europa brachten. Die Stadt Potsdam braucht keine Stadtkrone die den Machtanspruch der Hohenzollern symbolisiert. Die Landesregierung hat sich durch mehrere Gutachten darlegen lassen, dass die Hohenzollern dem Naziregime Vorschub geleistet haben. Der Staat Preußen, dessen Symbole und Inhalte die Garnisonkirche bestimmten, wurde als Hort des Militarismus und der Reaktion vom Alliierten Kontrollrat 1947 als Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen aufgelöst.¹ Soll dies nun revidiert werden?

Für uns ist es unerklärlich, wie die öffentliche Hand zu der Einschätzung kommen kann, dass die Hohenzollern den Nazis Vorschub geleistet haben und Preußen ein Hort des Militarismus war und gleichzeitig die öffentliche Hand die Haus-, Hof- und Garnisonkirche dieser „königlichen Adelsfamilie“ errichten lassen will. Land und Stadt sollten gemeinsam auf die Auflösung der Stiftung drängen und das Thema Gedenkort an dieser Stelle selbst, mit einer neutralen wissenschaftlichen Begleitung, in die Hand nehmen.

Die dringend notwendige Änderung der Trägerschaft für das Bauvorhaben und die Gedenkkonzeption sowie die notwendige, offene gesamtgesellschaftliche Debatte um den Ort insgesamt, machen die oben genannte Beschlussvorlage des OB hinfällig.

Carsten Linke

i.A. des Vorstands

¹ „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erlässt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel 1

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.“